



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Erst als er auf seinem Platze stand, wurde es still, und er konnte die Session für geschlossen erklären. Die Tschechen ließen einen kurzen Beifallsruf ertönen, glaubten sie doch einen Sieg errungen zu haben.

Als eine Maßregel der öffentlichen Ordnung wird die Schließung des Reichsrats indes nur der Vorläufer weiterer politischer Maßnahmen sein, die der Regierung eben aufgedrängt worden sind.

Man zweifelt nicht an der baldigen Auflösung des Abgeordnetenhauses und an dem Versuche, die Lösung der Sprachenfrage auf Grund des Notverordnungsparagraphen 14 in der nächsten Zeit zu unternehmen.

Die deutschen Parteien sind über das Zurückweichen der Regierung vor der tschechischen Obstruktion verstimmt, obwohl sich deren Führer nach der auf diese Weise erlangten Satisfaktion einer Verständigung mit den Deutschen geneigter zeigen. Alle Parlamentsparteien, am mißmutigsten die Polen, fangen schon an, sich zu den auf die Auflösung folgenden Neuwahlen zu rüsten.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Georg Brandes und die deutsche Sprache. Der „berühmte“ Litterarhistoriker hielt Ende März in Pest einen Vortrag über Ibsen und wurde, wie es bisweilen geht, in überraschendster Weise um ein gut Stück bekannter, als er wohl selbst gewünscht hatte. Das verschuldete zwar nicht so sehr sein Vortrag und dessen Inhalt, als vielmehr die Einleitungsworte, die er zu der versammelten Zuhörerschaft sprechen zu müssen geglaubt hatte. Er redete nämlich über sein Verhältnis zu der Sprache, in der er sich mit den Erschienenen verständigen sollte, in einer Weise, die es wohl mit veranlaßt haben mag, daß die deutschgeschriebnen Blätter der ungarischen Hauptstadt darüber weghuschten und es den magyarischen überließen, von dem besondern Kunststück des Herrn G. Brandes zu berichten. „Der beste Litteraturkenner unsrer Zeit und besonders des deutschen Volks,“ der, wie nicht ohne Seitenblick von den Zeitungen verkündet wurde, ein — Däne sei, führte sich nämlich (vgl. *Badapesti Napló*, 1. April 1900) auf folgende Weise bei seinem Zuhörerkreise ein: „Meine Damen und Herren! Die Sprache, in der ich zu Ihnen rede, ist nicht die Ihre und nicht die meine. Ich bekenne offen, daß ich die deutsche Sprache nicht sehr liebe, und ich weiß, daß sie auch bei Ihnen nicht sehr beliebt ist: doch was ist zu machen? Die Hauptsache ist denn doch, daß wir uns verständigen. Ich habe das Deutsche erst in meinem dreißigsten Jahre erlernt, und obwohl ich es vollkommen beherrsche, so ist meine Aussprache dennoch eine mangelhafte. Es ist also nicht Phrasé, wenn ich Sie um Nachsicht bitte!“

Diese Worte, die von einem deutschen Blatte aus dem engen Winkel magyarischer Zeitungen herausgegriffen wurden, verschlehten nicht, in verschiedensten Kreisen berechtigtes Aufsehen zu erregen, und bald kam es zu ernstern, scharfen Tadelsworten gegen den „berühmten Mann,“ der sich in so glatter Selbstverständlichkeit auf dem gemeinsamen Boden der Antipathie gegen die deutsche Sprache mit seinen Zuhörern zurecht finden konnte. Denn da es klar war, daß der Vortragende weder dänisch, noch magyarisch, noch französisch sprechen durfte, weil man sich ja verständigen wollte, da es ferner nach den eignen Worten des dänischen Professors

noch vor dem Vortrag bestimmt worden war, daß er in deutscher Sprache gehalten werden sollte, mußte sich einem die Frage aufdrängen, warum der Vortragende zu diesem Ausfall gegen seine Vortragssprache komme: Hatte er einen besondern Zwang zu einer so auffälligen Erklärung? Hatte man von ihm ein Glaubensbekenntnis über sein Verhältnis zur deutschen Sprache verlangt?

Gewiß nicht. Man hat nur, wie er selbst versichert, den Wunsch ausgesprochen, er möchte seinen deutschen Vortrag französisch einleiten. Dies erschien ihm jedoch ungereimt, und deshalb fing er gleich an deutsch zu sprechen. Aber er fand sofort das Wort, sich zu seinen Zuhörern in einen gewissen Kontakt zu setzen. Er liebte zwar die deutsche Sprache nicht, er sprach sie nur. Seine Zuhörer liebten sie ebenfalls nicht, aber sie verstanden ihn und sie. Sie fanden sich nicht nur in der Vermittlungssprache, sondern auch in ihrem beiderseitigen Widerwillen gegen dieselbe Sprache. Das gab zu denken, und der Anlaß zu Protesten war vorhanden. Man warf dem Kopenhagener Gelehrten vor, daß er zunächst seine Undankbarkeit gegen die Sprache geäußert hätte, die es ihm allein ermöglichte, sein Licht in der ungarischen Hauptstadt leuchten zu lassen. Man tadelte, daß er seine Witterung für die in ihrem Deutschenhaß befangene Presse von Pest so scharfsinnig habe wirken lassen, um sich vor allem seinen Erfolg zu sichern. Man erzählte von ihm als glaubwürdige Äußerung, er habe sich über die starke Pflege(!) des Deutschen in der ungarischen Metropole gewundert und empfohlen, die ungarische Gesellschaft möge sich lieber an die Franzosen und ihre Kultur anschließen. Man protestierte endlich von deutscher Seite Ungarns entschieden dagegen, daß ein landfremder Mensch gegen eine in diesem Lande von vielen Menschen gesprochene Sprache heße, und am allerwenigsten dürfe ein Mann, der gerade dieser Sprache einen großen Teil seines „Ruhmes“ verdanke, das Gewicht seiner Persönlichkeit dazu hergeben, die in diesem Teile von Europa gegen das Deutschtum herrschende Stimmung mit einer so leichtfertigen Erklärung zu stärken und zu vertiefen.

Solches ist gegen den berühmten Mann vorgebracht worden. Flugs eilt aber der Angegriffene mit einer Erklärung auf den Plan. Er meint, der Bericht über seine Einleitungsworte sei unrichtig. Er habe nur die Erklärung seinem Vortrage vorausgeschickt, daß die deutsche Sprache, die weder er noch seine Zuhörer liebten, doch die Vermittlungssprache sein müsse. Nach dieser schönen Berichtigung, das heißt Bestätigung, fügt er dann in aller Unschuld hinzu, daß diese Worte als Grundlage für heftige Angriffe etwas schwach seien. Etwas Kränkendes für die deutsche Sprache liege nicht in ihnen. Und wehmütig greift er in alte Erinnerungen zurück, wie er gewissermaßen als angehender Märtyrer für eine Verständigung der Deutschen mit seinen dänischen Landsleuten einzutreten bereit war, bis er durch die böse Politik Preußens belehrt worden wäre, daß die ihm liebgewordene deutsche Sprache plötzlich die seiner Feinde geworden war.

Wozu die vielen Worte? Kann Brandes voraussetzen, daß seine nachträgliche Erklärung den bösen Eindruck, den seine Pester Worte gemacht haben, nur einigermaßen wegwischen werde? Kann er glauben, den sichern Nachweis erbracht zu haben, daß er unter einer besonders dringenden Nötigung seine Worte sprechen mußte? Kann er behaupten, daß die unbedachten Worte, die er in Pest — und dort ist ein heißer, auch für hochgestellte Redner eigentümlicher Boden — geredet hat, auch jetzt noch seinen eignen ungeteilten Beifall fänden? Oder sollte er sich einigermaßen der Kuriosen, um nicht zu sagen lächerlichen Situation bewußt werden, in der er war, als er in einer leicht beeinflussten Versammlung seine Antipathie gegen das deutsche Wort entdeckte und doch dagegen lebte? Es war genau dasselbe Schauspiel, das ein österreichischer Slawenkongreß der erstaunten Menschheit geboten haben soll. Da waren nämlich die heißen Söhne Libussas zusammen-

gekommen mit den stamhverwandten und gleichgesinnten Brüdern, den Slowenen, Kroaten usw., und da sie sich doch verständigen wollten, mußte die bestgehaßte deutsche Sprache den Liebesdienst den Männern thun, die wahrlich nicht den Weg zu einander gefunden hatten, um ihre hochgemuten Herzen am Wohlklang deutscher Worte zu ergößen.

Die alten Juristen fragten in manchen Fällen: Cui bono? Diese Frage könnte hier so gestellt werden: Hat sich Herr Georg Brandes durch seine Worte einen nennenswerten Dienst geleistet, der über einen augenblicklichen Erfolg (in Pest) hinüberreicht? Wenn er diese Frage mit einem freischen Ja beantworten will, dann kann man ihm die Empfindung seiner Genugthuung gönnen und ihn laufen lassen. Die Deutschen werden ja wissen, was sie von diesem Manne zu halten haben, den eine Klasse von Herausstreichern, seine Schmeichler und Glaubensgenossen in Pest, ihrem Publikum als den „Stolz Deutschlands“ aufreden wollten.

Buren als Ansiedler in Südwestafrika. In der Zeitschrift „Die Woche“ vom 7. April d. J. findet sich ein Aufsatz des Majors R. von Francois, des frühern Landeshauptmanns in Deutsch-Südwestafrika, der die Frage bespricht, ob die Buren, wenn sie von den Engländern besiegt und unterworfen würden, auswandern oder im Lande bleiben und sich in das Unvermeidliche fügen würden. Er glaubt, es werde im allgemeinen das letzte der Fall sein, doch würden sich vielleicht manche von ihnen an die deutsche Regierung in Deutsch-Südwestafrika mit Gesuchen um Landüberlassung wenden, und unsre Regierung müßte schon jetzt erwägen, ob es im Interesse der Kolonie liege, solchen Gesuchen zu entsprechen. Schon im Oktober 1892 sei der Bevollmächtigte der deutschen Siedlungsgesellschaft, Graf Pfeil, in deren Auftrage mit dem Antrag an ihn herangetreten, die Ansiedlung von vierzig Familien wohlhabender Buren aus Namaland bei der Reichsregierung zu befürworten; er habe dies jedoch abgelehnt, obwohl er die Tüchtigkeit der Buren als Ansiedler vollauf schätze. Ihr patriarchalisches, frommes Familienleben und ihr bescheidenes Wesen hätten etwas, was zum Herzen spreche. Sie seien friedliebend, genügsam, zuverlässig und fleißig. Der Hauptgrund seiner Ablehnung sei gewesen, daß wir eine deutsche Kolonie mit deutscher Sprache und Kultur brauchten. Die Deputierten der Buren hätten aber damals als Bedingung die Einführung holländischer Schulen verlangt. Das könne nicht zugelassen werden. Die Sprache drücke einem Lande seinen nationalen Stempel auf. Wir müßten unsre Kolonien rein halten von fremden Elementen und für eine kräftige deutsche Ansiedlung sorgen.

So gewichtig und beachtenswert die Meinung des frühern Gouverneurs der Kolonie gewiß ist, der Land und Leute dort kennt, so können wir doch sein damaliges ablehnendes Verhalten gegen die Ansiedlung von Buren nicht billigen und meinen, man hätte die Leute nur aufnehmen sollen, gern und mit Freuden. Seine Gründe beruhen auf der noch immer herrschenden Anschauung, daß die Holländer eine fremde Nation seien, und daß ihre Sprache eine fremde Sprache sei. Diese Anschauung aber ist — das kann nicht genug wiederholt werden — durchaus irrtümlich. Die Holländer sind nichts andres als ein deutscher Volksstamm, und die holländische Sprache ist nichts andres als eine niederdeutsche Mundart, die nur in Folge der politischen Trennung des Volks vom deutschen Reiche zur Schriftsprache geworden ist. Auch die holländischen Schulen hätte man für den Anfang den Buren wohl konzedieren und dann später darin auch deutschen Unterricht erteilen lassen können. Sie würden damit ja nicht gezwungen worden sein, eine fremde Sprache zu lernen, sondern nur hochdeutsch zu lernen, was die Westfalen, die Holsteiner und die Mecklenburger in der Schule ja auch lernen müssen, und was jeder gebildete Holländer heute schon spricht.

Auch aus politischen Gründen hätte man die Buren nicht abweisen sollen. Unverkennbar bricht sich die Überzeugung immer mehr Bahn, daß Holland seine selbständige Rolle in der Geschichte ausgespielt hat, und dessen Anschluß an Deutschland, in welcher Form es auch sei, in kürzerer oder längerer Zeit mit Notwendigkeit kommen werde, auch ohne jedes Zutun unsrerseits, eine Überzeugung, die wir in diesen Blättern schon früher (1897, Heft 22) ausgesprochen haben, und die der gegenwärtige Krieg in Südafrika früher gezeitigt hat, als es wohl sonst der Fall gewesen wäre.



Litteratur

Das Deutschtum und sein öffentliches Recht. Kritische Betrachtungen von L. Trampe, Königlich Preussischem Staatsanwalt a. D. Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1900. VIII und 432 Seiten

Der Verfasser bietet etwas anderes, als der Titel zunächst vermuten läßt, eine Art von Philosophie der deutschen Geschichte oder genauer genommen der staatlichen Entwicklung Deutschlands. Seine Aufstellungen sind nicht selten paradox, er konstruiert im ganzen zuviel, führt die Dinge zu sehr auf gewisse Prinzipien zurück und fordert durch dies alles oft zum Widerspruch heraus, ist aber immer selbständig in seinem Urteil und trifft oft auch den Nagel auf den Kopf. Man würde allerdings sein Buch lieber und leichter lesen, wenn seine Ausdrucksweise mehr Fluß hätte und nicht auch an störenden stilistischen Gewohnheiten litte.

Eine ziemlich willkürliche Konstruktion ist gleich die Definition des Nationalitätsprinzips, von der er ausgeht. Er faßt von der ursprünglichen Bedeutung des Wortes aus die Nation als eine durch Blut und Verwandtschaft verbundene Menschengruppe und bezeichnet demgemäß das Nationalitätsprinzip Napoleons III. als einen Schwindel, da es in jenem Sinne europäische Nationen nicht mehr gäbe, weil sie alle mehr oder weniger gemischten Blutes seien. In diesem Sinne fassen wir aber den Begriff einer Nation gar nicht mehr; für uns ist die Nation eine durch Übereinstimmung in Sprache und Sitte, in historischen Erinnerungen und sittlichen Anschauungen derart verbundene große menschliche Gemeinschaft, daß sie sich andern Völkern gegenüber als ein Ganzes fühlt und behauptet. Sie ist danach weder eine natürliche, noch eine künstliche, sondern eine historische Bildung und fällt zwar nicht mit dem Begriff Staat zusammen — eine Identifizierung, gegen die der Verfasser ebenfalls polemisiert —, findet aber erst in der Bildung eines Staats ihre Vollendung. Da aber das, was wir Nationalitätsprinzip nennen, für den Verfasser das „Nationalkulturprinzip“ ist, so handelt es sich dabei eigentlich um einen bloßen Wortstreit. Zu sehr konstruiert ist auch der Gegensatz zwischen Autoritäts- und Individualitätsprinzip als dem Lebensprinzip romanischer und deutscher Staatsauffassung. Zur Staatenbildung müssen eben beide zusammenwirken, denn sie ist weder ohne Autorität noch ohne Hingebung des Individuums an den Staat denkbar; nur in dem Überwiegen des einen oder des andern „Prinzips“ kann ein Gegensatz der beiden großen Völkergruppen gefunden werden. Da nun nach Trampe die deutsche Nationalität auf dem Individualismus beruht, so ist dieser auch das Prinzip der deutschen Staatenbildung, die durch Bindung von Mensch zu Mensch den Staat aufbaut. So that es Heinrich I., indem er die Herzöge der Stämme